

Jannine Menger-Hamilton
Pressesprecherin

**DIE LINKE Fraktion im Schleswig-
Holsteinischen Landtag**
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02
Telefax: 0431 / 9 88 16 18
Mobil: 0160 / 90 55 65 09

presse@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

Presseinformation

139/10

Kiel, 31. Mai 2010

Ranka Prante zur Affeldt-Rettung: „Jetzt ist der starke Staat gefragt, der sich schützend vor die Arbeitnehmer von Affeldt stellt.“

Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag kritisiert das Verhalten des potenziellen Affeldt-Investors der IGEA, der zunächst Hoffnungen geschürt hatte um dann kurzfristig seinen Rückzug zu verkünden. DIE LINKE fordert die Landesregierung dazu auf, sich aktiv in Kreditvergabeverfahren für gefährdete Betriebe einzubringen und sie damit langfristig zu sichern.

„Es ist ein altes Spiel im Kapitalismus: Ein Betrieb, der sich 100 Jahren in Familienhand befand, wurde von einem privaten Investor binnen weniger Jahren in den Ruin gewirtschaftet“, sagte Ranka Prante, Abgeordnete der LINKEN. Zurück blieben zum Teil langjährige Mitarbeiter, die vor dem Nichts stünden. „Das Verhalten des IGEA-Investors wirft ein bezeichnendes Licht auf den scheinbar ehrlichen Geschäftsmann, der sich um das Wohl der Arbeiter sorgt und den Standort Deutschland stärken möchte. Sich nach einer Zusage kurz vor Toresschluss doch noch zurückzuziehen, ist für die MitarbeiterInnen ein Schlag in den Nacken.“

Die letzte Rettungsmöglichkeit scheint der Einstieg der Elmshorner Firma ASM Möller sein, der die Mitarbeiter in einem „Neundorfer/Elmshorner Beschäftigungspakt“ übernehmen würde. Nur hierfür fehlen zurzeit die Banken, die einen Kredit gewähren könnten.

„Die Landesregierung steht in der Pflicht, in einer solchen Situation Kredite zu verschaffen. Aktives Handeln statt Lamentieren ist jetzt nötig, um den industriellen Verfall an der Westküste entgegenzutreten. Affeldt ist ein wettbewerbsfähiges Unternehmen mit vollen Auftragsbüchern. Hier nicht einzugreifen würde bedeuten, ein fähiges Unternehmen in den Ruin zu schicken. Jetzt ist der starke Staat gefragt, der sich schützend vor die Arbeitnehmer von Affeldt stellt und ihre Arbeitsplätze langfristig sichert.“